

96

OFAEE

Berne, le 1er août 1990

USA 821



Note à : blf, jek, jag, red, kew, mjj

Veillez trouver en annexe une "advance copy" des notes d'entretien du CF J.-P. Delamuraz avec MM. Camdessus, Conable et Iglesias.

P.-L. Girard

Annexe

NS/

Washington, den 26. Juli 1990

Besuch von Bundesrat
J.-P. Delamuraz in Washington
vom 23. - 26. Juli 1990

Gespräch mit Michel Camdessus

geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds

vom 24. Juli 1990

Der geschäftsführende Direktor des IMF, Michel Camdessus (C), leitet das Gespräch mit Bundesrat Delamuraz (BRD) mit einem Kompliment über den guten Gang der schweizerischen Wirtschaft ein, welches er nur mit einem Hinweis auf die zu hohe Inflation einschränkt. BRD informiert C kurz über die aktuellen Probleme, insbesondere über den ausgetrockneten Arbeitsmarkt und die zusätzlichen Probleme, welche sich diesbezüglich nach EG 92 stellen werden. Er fügt hinzu, die Schweiz unternehme ausserordentliche Anstrengungen, um die Ausbildung in neuen Technologien zu fördern. Das Management einer Wirtschaft in Hochkonjunktur sei oft schwieriger als das Gegenteil (wobei C anmerkt, BRD hätte beim zweiten vermutlich keine Erfahrung). Wir müssen neue Marktnischen suchen und dürfen uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen

Die Schweiz stehe in diesem Jahr vor zwei wichtigen Herausforderungen, nämlich die Verhandlungen im Rahmen der EWR und die Beendigung der GATT-Runde. C, der zehn Tage zuvor GATT-GD Dunkel getroffen hatte, zeigt sich recht optimistisch. BRD teilt diesen Optimismus nicht ganz und verweist darauf, dass die eigentlichen Verhandlungen erst im Oktober beginnen werden. Zudem gibt es noch weitere ungelöste Probleme wie z.B. die Textile Bill der USA.

Der Hauptteil der Diskussion ist dem Beitritt der Schweiz zu den Bretton Woods-Institutionen gewidmet, insbesondere natürlich der Höhe der Quote, über welche am gleichen Morgen in Bern diskutiert worden ist (siehe dazu die separate Notiz).

Die Studie über die Sowjetunion, welche den vier Institutionen IMF/WB/OECD/EBRD von den G-7 in Houston in Auftrag gegeben worden ist, ehre zwar diese Institutionen, meint C, erschrecke ihn aber auch gleichzeitig angesichts der riesigen Aufgabe und der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit. Die Arbeit werde gemäss komparativen Vorteilen unter die Institutionen aufgeteilt.

BRD informiert C über seine Reise nach Brasilien. C äussert sich sehr positiv zur Arbeit von Salinas in Mexiko, dem es gelungen sei, die Wirtschaft nicht nur zu stabilisieren, sondern auch auf den Wachstumspfad zurückzubringen. Weniger optimistisch zeigt er sich gegenüber Collor in Brasilien. Die ersten sechs Monate seien zwar ermutigend und falls Collor Erfolg habe, könnte ein neues Brasilien auf den Wachstumspfad zurückkehren. Die

Bankier und die Unternehmungen seien jedoch noch sehr skeptisch und abwartend. Er informiert, dass drei Tage später Verhandlungen mit dem IMF beginnen werden. Menem in Argentinien hätte ein Modellprogramm lanciert, welches bis letzten Dezember gut ange laufen sei. Inzwischen hat er jedoch alle möglichen Schwierigkeiten. Da Anlehensaufnahmen im Ausland gegenwärtig nicht möglich sind, müsse er Ausgabenüberschüsse produzieren um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Argentinien befinde sich in einer Phase der Umwandlung; es hätte zu lange wie ein reicher Rentner gelebt. Es öffne langsam seine Wirtschaft und habe festgestellt, dass die Zukunft Lateinamerikas in liberalen Wirtschaften liege.

BRD schliesst mit der Bemerkung, dass wir in der Euphorie um Osteuropa den Rest der Welt nicht vergessen dürfen. Dies gelte auch für die privaten Investoren, die sich nun alle nach Osten drängen. C fügt hinzu, er hätte bei seinen Gesprächen in Afrika und anderswo darauf hingewiesen, dass sich die Entwicklungsländer nun in einer "Schönheitskonkurrenz" befinden würden. Sie müssten sich nun entsprechend organisieren.

NS/

Washington, den 26. Juli 1990

Besuch von Bundesrat
J.-P. Delamuraz in Washington
vom 23. - 26. Juli 1990

Gespräch mit Barber Conable

Präsident der Weltbank

vom 24. Juli 1990

Dem Gespräch im Rahmen eines Arbeitslunches voraus geht die Unterzeichnung von zwei Abkommen, finanziert aus dem Rahmenkredit für die Hilfe an Osteuropa. Beide betreffen die Errichtung von Consultant Trust Funds. Der erste stellt der Weltbank Fr. 700'000 zur Verfügung, der zweite der IFC Dollars 300'000. Weltbankpräsi-

dent Conable (C) unterstreicht dabei die Tatsache, dass mit der Schweiz die ersten derartigen Abkommen unterzeichnet werden können. Er weist auf die Bedeutung dieser technischen Unterstützung beim Wiederaufbau der Wirtschaften der Oststaaten hin. Bundesrat Delamuraz (BRD) seinerseits betont, dass diese Unterstützung nicht auf Kosten der Hilfe an die Entwicklungsländer gehe.

In der folgenden Diskussion beim Mittagessen gibt BRD seiner Enttäuschung über die doch sehr tiefen berechneten Quoten des Fonds, über welche am gleichen Morgen in Bern mit einer Delegation des IMF diskutiert worden ist, Ausdruck. Er weist sowohl auf die innenpolitischen Hürden wie auch auf die wirtschaftlichen Faktoren (Finanzplatz, Investor im Ausland, SFr.) hin, die in der Berechnungsformel nicht berücksichtigt worden sind. Unser Anspruch sei kein Ausdruck von Arroganz, sondern reflektiere die Bedeutung unserer wirtschaftlichen Stärke. Der Beitritt komme zwar spät, doch stehe die Regierung nun voll dahinter und es wäre Schade, wenn das Unternehmen nicht gelingen würde. C erwidert, aus der Sicht der Weltbank sollte die Schweiz eine ihrer Bedeutung entsprechende Quote erhalten (I cross my fingers). BRD unterstreicht die Wertschätzung, welche die Schweiz für die Weltbank habe und anerkennt die gute Amtsführung von C.

C lobt das schweizerische Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit und hebt besonders die Qualität hervor sowie die Konzentration auf die ärmsten Länder, die hohe Konzessionalität und die enge Zusammenarbeit mit den NGOs. Das schweizerische System beruhe grossteils auf Freiwilligkeit, was zu einer hohen Motivation führe.

Die weitere Diskussion behandelt vertieft die verschiedenen Aspekte der Entwicklung in Osteuropa. Dabei gehen beide Gesprächspartner darin einig, dass bei aller Euphorie die übrigen Kontinente nicht vergessen werden dürfen und dass dies nicht nur für die Bank und die öffentliche Hilfe der Regierungen gilt, sondern auch für die Privatwirtschaft.

C ist besorgt über die wirtschaftliche Entwicklung in der UdSSR und befürchtet, dass diese ihre Importe aus den bisherigen Osteuropastaaten, die 40-60% nach der UdSSR exportieren, nicht aufrechterhalten kann. Dies würde diese Staaten, welche bisher zu 75% innerhalb des Comecom-Rahmens Handel getrieben haben, schwer treffen. Besorgt ist C auch über den Desintegrationsprozess in der UdSSR und über Aeusserungen von Gorbatschew über die Kreation verschiedener Währungen in den einzelnen Gliedstaaten. Die Sowjetunion brauche offensichtlich mehr Mittel als ursprünglich angenommen, um die Wirtschaft in Gang zu halten. BRD weist zudem darauf hin, dass wir bisher die Homogenität des Ostblocks falsch eingeschätzt hätten und in Tat und Wahrheit wir nun jedes Land einzeln analysieren und dann mit seinen besonderen Problem angehen müssen. Zudem gelte es, 50 verlorene Jahre aufzuholen und eine zerstörte Umwelt zu reparieren. C betont die Bedeutung des Falles von Polen: wenn dieses Land bei den Wirtschaftsreformen versagt, wird dies für die anderen Länder eine schlechte Signalwirkung haben. Polen müsse deshalb rasch auf den Wirtschaftswachstumspfad gebracht werden, da nur eine gestärkte Wirtschaft die Lösung der Umweltprobleme ermögliche. BRD schliesst die Betrachtungen mit der Bemerkung, wir müssten rasch handeln, da sich die Lage exponentiell verschlechtere.

Zur Sprache kommt auch die Studie, die am Wirtschaftsgipfel in Houston von den G-7 in Auftrag gegeben worden ist. Die Weltbank wird seinen Teil dazu liefern, doch die Koordination obliege in erster Linie dem IMF. Die Bank sei natürlich nervös in Anbetracht der Bedeutung der Aufgabe, der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit und den ungenügenden statistischen Grundlagen der Sowjetunion. Das Team, welche die Arbeit in Kürze aufnehmen werde, werde sicher versuchen mehr als nur eine Bestandesaufnahme zu machen. Ein Problem sei jedoch, wie dieses in Moskau empfangen werde, meint BRD. C pflichtet dem bei mit dem Hinweis auf die Fallstricke des bürokratischen Dschungels in Moskau.

NS/

Washington, den 25. Juli 1990

Besuch von Bundesrat
 J.-P. Delamuraz in Washington
 vom 23. - 26. Juli 1990

Gespräch mit Enrique Iglesias,

Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank

vom 25. Juli 1990

Dem Gespräch voraus geht ein Mittagessen, welches Präsident Iglesias (PRI) zusammen mit dem gesamten Board der Exekutivdirektoren Bundesrat Delamuraz (BRD) offeriert.

In seinem Toast geht PRI vor allem auf die engen und alten Beziehungen der Schweiz mit den Ländern Lateinamerikas ein. Seine Antwort stellt BRD unter das Stichwort der "Oeffnung" auf allen Gebieten und in allen Regionen der Welt. Er weist auf die Veränderungen in den osteuropäischen Ländern, aber auch in Lateinamerika hin, auf die wir, die Regierungen, aber auch die Institutionen flexibel reagieren müssen. Die Revolutionen würden in einer Nacht gemacht, aber der wirtschaftliche Wiederaufbau sei lang und kostspielig. Er warnt davor, sich in Europa in einen euro-europäischen Selbstdialog zu verlieren und verweist auf die Bedeutung der weltweiten Beziehungen. Die Schweiz engagiere sich zwar im Wiederaufbau Osteuropas, doch solle dies nicht zulasten der anderen Kontinente oder der Entwicklungsländer geschehen. Für die schweizerische Regierung könne er sich in dieser Beziehung engagieren, nicht jedoch für die Privatindustrie, die in ihren Entscheidungen autonom sei und sich gegenwärtig eher nach Osten wende. Deshalb müssten die lateinamerikanischen Staaten Anreize bieten, damit er sich bei der Industrie ebenfalls dafür einsetzen könne, dass sie die weltweiten Dimensionen nicht aus den Augen zu verlieren. BRD unterstreicht im weiteren die Wichtigkeit der Rolle der IDB im wirtschaftlichen Aufbau Lateinamerikas und sichert PRI die andauernde Unterstützung der Schweiz für die IDB zu.

Im anschliessenden Gespräch betont PRI, die IDB befinde sich nun auf guten Wegen, was an der letzten Jahresversammlung von den Gouverneuren auch anerkannt worden sei. Lediglich mit internen Problemen hätte er noch zu kämpfen. Für das laufende Finanzjahr sieht er ein Ausleihevolumen in der Höhe von rund 4 Mrd. Dollars vor. Die Beziehungen mit den regionalen Mitgliedsländer sei ausgezeichnet und für verschiedene kleinere Länder sei die IDB die wichtigste Quelle für Finanzmittel.

Die Bank packe nun neue Aufgaben an. Im Rahmen der 7. Kapitalerhöhung sei der Programmhilfe zugestimmt worden, welche nun in Angriff genommen werden soll (Bemerkung des Verfassers: Am Boardmeeting am gleichen Tag wurde ein erstes Pilotprojekt einer Sektorhilfe besprochen, wobei unser neuer Exekutivdirektor, Claude Cambray, laut seiner Information auf das Fehlen einer

Bank-Politik im Bereich der Programmhilfe hingewiesen habe). Weiterer wichtiger Bereich sei die Unterstützung der mittleren und kleinen Unternehmen, wobei PRI den schweizerischen Beitrag an den Kleinprojektefonds lobend hervorhebt. Im Umweltbereich sei die Bank bereits sehr stark und wolle seine Aktivität noch intensivieren. Die ausgezeichnete Umwelta Abteilung werde weiter ausgebaut. Auch in das Gebiet des "debt-for-nature-swap" wolle sie sich vorwagen. Ein erstes eher symbolisches Darlehen an Mexiko in der Höhe von 20 Mio Dollars komme nächstens vors Board zur Genehmigung.

Ausführlich äussert sich PRI zum Lateinamerikaplan von Präsident Bush. Den Einbezug der IDB in den Brady-Plan müsse noch näher geprüft, Vorschläge ausgearbeitet und den Gouverneuren unterbreitet werden. Dagegen ist PRI sehr interessiert an den nationalen Gegenwertfonds aus amerikanischen bilateralen Schuldenerleichterungsmassnahmen, welche er in Umweltprojekte der Bank leiten will. Er bezeichnet die amerikanischen Vorschläge aus zwei Gründen als sehr attraktiv: einerseits schlagen die Massnahmen sofort auf die Zahlungsbilanz durch, da die Zinsen nun in lokaler Währung in die nationalen Fonds fliessen werden, und andererseits diese Mittel sinnvollerweise für Umweltprojekte genutzt werden müssen.

Die amerikanischen Vorschläge für eine regionale Freihandelszone seien zwar sehr interessant, berühren die IDB aber eher am Rande. Wesentlich für ihn sei der Denkanstoss, den die Amerikaner den Lateinamerikanern vermittelt hätten. Die IDB werde jedoch nächstens darüber ein Seminar veranstalten. PRI erinnert jedoch bei dieser Gelegenheit an die Bedeutung der Uruguay-Runde und unterstreicht dabei den Willen der Lateinamerikaner zu deren Gelingen beizutragen.

Zur Förderung der privaten Investitionen existiere bereits die IIC, erinnert PRI, doch müsse mehr getan werden. Auch hier sei die IDB nicht direkt durch den amerikanischen Plan involviert, doch werde sie ihren Beitrag dadurch leisten, dass sie sich für eine Verbesserung des Investitionsklimas in Lateinamerika einsetzen werde, wobei hier möglicherweise Sektorkredite die nötigen Voraussetzungen schaffen könnten. Er werde Vorschläge ausarbeiten und diese den Gouverneuren bis zur Jahrestagung der BWI vorlegen. Im übrigen schliessen die Statuten der Bank Darlehen an den Privatsektor nicht aus, schliesst PRI.

Auf die Frage von BRD über den Zusammenhang des Bush-Planes mit der Brady-Initiative meint PRI, diese seien komplementär, da die neue amerikanische Initiative nicht eine Reduktion der Schulden der Geschäftsbanken vorsehe, welche in Lateinamerika in erste Linie durch den Brady-Plan abgedeckt sei, sondern der bilateralen, öffentlichen konzessionellen und kommerziellen Schulden, welche für einige, vor allem kleinere Staaten, von grosser Bedeutung seien. So sei Jamaica z.B. zu 25-30 Prozent bei öffentlichen amerikanischen Institutionen verschuldet. Japan, welches sich stark im Brady-Plan engagiert hätte, sehe allerdings diese neue amerikanische Initiative im Bereich der Streichung öffentlicher Schulden mit Beunruhigung und habe eher negativ

bezüglich einer möglichen Beteiligung reagiert.

Zum Abschluss hat PRI noch ein Anliegen an BRD. Lateinamerika brauche Investitionen und Finanzen. Es gelte, in erster Linie die eigenen Ressourcen zu aktivieren wie vermehrtes Sparen und Beendigung der Kapitalflucht. Daneben müssten aber auch die ausländischen Geschäftsbanken ermutigt werden, in Lateinamerika wieder aktiv zu werden. Ein grosses Hindernis dazu stelle jedoch die prohibitiv hohe Rückstellungspflicht, welcher die Banken für Darlehen nach Lateinamerika unterworfen seien. Er bittet BRD deshalb, seinen Einfluss geltend zu machen, dass die vorgeschriebenen Rückstellungen gesenkt oder differenzierter gehandhabt werden.